

## Zollkonflikt USA/EU

**Hintergrund:** Die weltweite Ethanolproduktion lag 2024 bei rund 120 Mrd. Litern, davon stammen etwa 50% aus den USA. Aufgrund stagnierender Inlandsnachfrage und nicht genutzter Potenziale wie E15 haben die USA den Export massiv gesteigert. Die US-Regierung will diese Entwicklung weiter forcieren: „We won't just increase ethanol production in our own country, we will make it our mission to export ethanol all over the world“ (Donald Trump, Sept. 2024). Die Ausfuhren stiegen allein 2024 um 36% auf über 7,2 Mrd. Liter. Großbritannien ist nach Kanada inzwischen der zweitgrößte Absatzmarkt – auch die EU importierte rund 750 Mio. Liter und deckt damit mehr als 10% ihres Bedarfs an Kraftstoffethanol aus den USA. Ein kürzlich vereinbartes Handelsabkommen zwischen den USA und Großbritannien sieht die vollständige Abschaffung britischer Zölle auf US-Ethanol vor. Durch das bestehende Handels- und Kooperationsabkommen zwischen UK und der EU könnte dadurch auch der EU-Markt indirekt betroffen sein.

Risiken für die EU-Zucker- und Ethanolindustrie:

- Umgehungshandel: Ein zollfreier Marktzugang über Großbritannien birgt ein erhebliches Risiko, dass große Mengen US-Ethanol indirekt in die EU gelangen.
- Wettbewerbsdruck: Die aggressive Exportpolitik der USA und mögliche weitere Konzessionen im Rahmen von EU-Verhandlungen setzen die europäische Ethanolindustrie unter starken Druck. Der Zugang von US-Ethanol ohne Zölle würde ein existentielles Risiko heimischer Produzenten darstellen.

**Unser Ansatz:** Der bestehende EU-Importzoll auf US-Ethanol muss vollständig erhalten bleiben. Darüber hinaus braucht es klare Schutzmechanismen gegen Umgehungshandel über Drittstaaten, um faire Marktbedingungen für die europäische Ethanolindustrie sicherzustellen.

## Bioökonomie / Erneuerbarer Kohlenstoff

**Hintergrund:** Das Kernproblem des Klimaproblems ist nicht CO<sub>2</sub>, sondern der zusätzliche fossile Kohlenstoff aus Öl, Gas oder Kohle, der am End-of-life als zusätzliches CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre landet. Gleichzeitig sind viele Industriebranchen – insbesondere Chemie und Werkstoffe – auf kohlenstoffbasierte Rohstoffe angewiesen. Eine „Dekarbonisierung“ wie im Energiesektor (Wechsel auf Wind-, Wasser-, Solar und Atomkraft) ist hier physikalisch und chemisch nicht möglich. Deshalb braucht es eine Transformation hin zu „erneuerbarem Kohlenstoff“ aus Biomasse, CO<sub>2</sub>-Nutzung (CCU) oder Recycling. Biobasierte Produkte sind dabei ein zentraler Bestandteil, also Kohlenstoff, der im Kreislauf geführt. Sie sind klimafreundlich, stärken die europäische Rohstoffautonomie und tragen zur Resilienz industrieller Lieferketten bei. Allerdings sind sie in der Herstellung deutlich teurer als fossile Alternativen – vor allem wegen der höheren Rohstoffkosten, die auch mit dem geringeren Kohlenstoffgehalt von Biomasse zusammenhängt.

**Beispiel:** CropEnergies investiert aktuell 170 Mio. Euro in eine neue Anlage zur Herstellung von biobasiertem Ethylacetat in Elsteraue (Sachsen-Anhalt). Ab 2026 soll es als Drop-in-Produkt verfügbar sein und damit fossilbasiertes Ethylacetat in deren Anwendungen ersetzen. Damit solche Investitionen trotz der höheren Kohlenstoffkosten im Rohstoff wirtschaftlich tragfähig sind, braucht es jedoch politische Flankierung.

**Unser Ansatz:**

- Die EU-Regulieren müssen die Herkunft des Kohlenstoffs (fossil vs. erneuerbar) klar differenzieren.
- Zur Förderung erneuerbarer Kohlenstoffquellen sollte ein Carbon Utilization Trading System (CUTS) – also ein Zertifikatehandelssystem für Kohlenstoffe – eingeführt werden. Dieses neue Instrument fördert einerseits durch die Bepreisung fossilen Kohlenstoffs („market pull“) und incentiviert andererseits durch handelbare Zertifikate für erneuerbare Kohlenstoffnutzung („market push“) gezielt klimafreundliche Produktionsweisen.

**Ziel:** CUTS würde die Wettbewerbsfähigkeit biobasierter Produkte stärken, die Abhängigkeit von fossilen Importen verringern und neue Marktpotenziale für die europäische Industrie schaffen – z. B. in der Herstellung klimafreundlicher Chemikalien und Kunststoffe.

### **Internationale Handelsabkommen und ihre Auswirkungen auf die heimische Zuckerproduktion**

**Hintergrund:** Die EU-Zuckerindustrie steht unter erheblichem Druck durch geplante Handelsabkommen mit großen Zuckerexporteuren wie Australien und den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay). Allein Brasilien verantwortet rund 43 % der weltweiten Zuckerexporte, Australien exportiert ca. 80 % seiner Produktion. Diese Länder produzieren zu deutlich niedrigeren Umwelt-, Klima- und Sozialstandards, wodurch ein massives Wettbewerbsgefälle gegenüber der heimischen Rübenzuckerproduktion entsteht.

Zusätzliche Herausforderungen ergeben sich durch bereits bestehende oder geplante Zollzugeständnisse, insbesondere im Rahmen des britisch-australischen Handelsabkommens. Dieses sieht vor, dass Australien ab dem neunten Jahr des Inkrafttretens unbegrenzt zollfrei Zucker nach Großbritannien exportieren kann. Aufgrund des bestehenden Handels- und Kooperationsabkommens zwischen UK und der EU besteht ein Umgehungsrisiko, wonach dieser Zucker mittelbar auch auf den EU-Binnenmarkt gelangt. Der EU-Zuckersektor verliert Marktanteile und wird gleichzeitig mit deutlich höheren Produktionskosten durch gestiegene Energie- und Düngemittelpreise sowie strengere Umweltauflagen belastet.

**Unser Ansatz:** Freihandelsabkommen dürfen nicht dazu führen, dass europäische Nachhaltigkeitsstandards durch zollfreie Einfuhren aus Drittländern unterlaufen werden. Neue EU-Marktzugeständnisse für Zucker aus Australien oder Mercosur dürfen nur erfolgen, wenn ein fairer Wettbewerb unter gleichen Bedingungen gewährleistet ist. Nachhaltigkeit und regionale Versorgungssicherheit müssen Priorität vor Marktöffnung erhalten, um die europäische Zuckerproduktion nicht strukturell zu gefährden.

### **Klimaneutrale Zuckerindustrie bis 2045 – Ein realistischer Transformationspfad**

**Hintergrund:** Die deutsche Zuckerindustrie hat sich klar zum Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 bekannt. Grundlage dafür ist die Nutzung eigener Biomasse-Reststoffe, insbesondere der Rübenschnitzel, die als Energieträger in Biogasanlagen oder Biomassekesseln verwendet werden können. Die Branche erachtet diese Ressource als entscheidend, da eine vollständige Elektrifizierung aufgrund mangelnder Stromnetzinfrastruktur im ländlichen Raum und hoher Strompreise als unrealistisch eingeschätzt wird.

Die aktualisierte Roadmap von 2024 zeigt: Die Transformation ist technisch machbar und wirtschaftlich tragfähig – jedoch nur bei rechtzeitiger politischer Unterstützung. Die Szenarien mit Biogas und Biomasse bieten durch Nutzung eigener Reststoffe nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Vorteile. Besonders der Biogaspfad überzeugt durch vergleichsweise niedrige energiebezogene Kosten und eine günstige CO<sub>2</sub>-Bilanz. Für Elektrifizierungsszenarien hingegen sind massive Investitionen und ein deutlicher Rückgang der Strompreise nötig, um konkurrenzfähig zu sein.

**Unser Ansatz:** Um die Transformation zur klimaneutralen Produktion umzusetzen, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen. Dazu zählen:

- eine planbare Förderpolitik für Investitionen in klimaneutrale Technologien,
- ein wettbewerbsfähiger Strompreis für industrielle Großverbraucher,
- und die vollständige Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) in nationales Recht, insbesondere mit Berücksichtigung von Rübenschnitzeln in der Biomassestrategie.